

Auch über eventuelle Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz 2019, über das Haushaltsgesetz 2019 selber, über das Nachtragshaushaltsgesetz 2018 sowie über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 stimmen wir morgen zum Abschluss der zweiten von insgesamt drei Lesungen ab.

Das Haushaltsbegleitgesetz 2019 benötigt nur zwei Lesungen. Die Abstimmung – auch über Änderungsanträge – wird daher bis zur dritten Lesung des Haushaltsgesetzes 2019 im Dezember-Plenum zurückgestellt werden.

Zwischen 12:30 Uhr und 14:00 Uhr finden heute keine Abstimmungen statt.

Ich rufe auf:

GRUNDSATZDEBATTE

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2018 bis 2022

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2019)

In Verbindung mit:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018)

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4347

In Verbindung mit:

Einzelplan 12 Ministerium der Finanzen, Finanzverwaltung

In Verbindung mit:

Einzelplan 20 Allgemeine Finanzen

Ich eröffne die Aussprache als Grundsatzdebatte und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Zimkeit das Wort. Bitte schön.

Stefan Zimkeit (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt dieser Landesregierung ist wie die Politik dieser Landesregierung: unsozial, planlos und unsolide.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Dies möchte ich Ihnen anhand einiger Beispiele erläutern. Ich beginne mit dem Punkt „unsozial“. Hier musste sich diese Landesregierung – die Herren Lасhet und Laumann – von ihren eigenen Fraktionen ins Stammbuch schreiben lassen, dass sie eine mangelnde Wertschätzung für die Sozialverbände hat.

Die Koalitionsfraktionen haben ihren Antrag, die geplanten Kürzungen zurückzunehmen, die die Sozialverbände betrafen, damit begründet, dass dies eine Wertschätzung darstellen solle. Daraus kann man – das passt auch zur ansonsten nicht vorhandenen Sozialpolitik der Regierung – nur eines schließen: Dieser Landesregierung fehlt die Wertschätzung für Sozialverbände und Sozialpolitik.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie von den Koalitionsfraktionen glauben, Sie könnten Sozialpolitik simulieren, indem Sie einen Kürzungsvorschlag der Landesregierung rückgängig machen, muss ich sagen: Das ist vielleicht eine Simulation von Sozialpolitik, die Ihr sozialpolitisches Gewissen beruhigt. Sozialpolitik ist das aber noch lange nicht. Sie lassen viele Menschen im sozialen Bereich im Stich. Das wird auch an diesem Haushalt deutlich.

(Beifall von der SPD)

Mit der Wertschätzung der Sozialverbände war es ja nicht so weit her, dass Sie bereit gewesen wären, unserem Antrag, die Mittel für die Sozialverbände zu erhöhen, Folge zu leisten. Wir hatten hier im letzten Plenum eine Debatte, in der gefragt wurde, wie das denn gegenfinanziert werden soll.

Das sage ich Ihnen gerne: Streichen Sie einfach ein paar Stellen aus Ihrem aufgeblähten Apparat in den Ministerien, und geben Sie das Geld der Caritas, der Diakonie, der AWO, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und dem DRK, damit diese ihre Arbeit für die Menschen in diesem Land verbessern können.

(Beifall von der SPD)

Das war ein konkreter Vorschlag mit einer Gegenfinanzierung, den Sie jedoch abgelehnt haben.

Die Planlosigkeit dieser Landesregierung wird insbesondere deutlich, wenn man sich das Vorgehen bei der Integrationspauschale ansieht. Diese Landesregierung bringt einen Haushalt ein, in dem die Integrationspauschale gar nicht stattfindet. Danach folgt eine Ergänzungsvorlage, in der ein wenig von der Integrationspauschale weitergeleitet wird. Dann gibt es eine Debatte im Integrationsausschuss. Dort legt die

SPD den Antrag vor, diese Integrationspauschale weiterzuleiten. Diesen Antrag lehnen Sie ab.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Der gleiche Antrag wird im Haushalts- und Finanzausschuss gestellt. Diesen Antrag lehnen Sie ebenfalls ab, um anschließend einen inhaltsgleichen Antrag von Ihnen zu beschließen. Das zeigt nur eines: Arroganz der Macht!

(Beifall von der SPD)

Wie planlos Ihr Verschiebebahnhof ist, wird dadurch deutlich, dass Sie nach der Verschiebung der Mittel, die Sie vorgenommen haben, erst auf Druck hin endlich ein Wahlversprechen erfüllen, dafür aber ein anderes Wahlversprechen brechen.

Ihre Landesregierung hat doch zugesagt, auch die Mittel im Bereich des FlÜAG zu erhöhen, um die Kommunen mit den erhöhten Kosten in diesem Bereich nicht alleine zu lassen. Diese Mittel haben Sie den Kommunen jetzt gestrichen. Sie erfüllen auf Druck ein Wahlversprechen und brechen gleichzeitig ein anderes Wahlversprechen. Das ist ein planloser Verschiebebahnhof mit der Haushaltspolitik.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie schon planlos sind und keine Ideen in der Haushaltspolitik haben, hätten Sie doch zumindest die Vorschläge anderer Fraktionen aufgreifen können, die Ihnen gegenfinanzierte Ideen auf den Tisch gelegt haben. Ich nenne Ihnen drei Beispiele für SPD-Vorschläge.

Erstens. Wir haben vorgeschlagen, die Mittel für die Studierendenwerke zu erhöhen – insbesondere zur Stärkung ihrer Arbeit bei der Verbesserung der Wohnsituation für Studenten. Zunächst haben Sie angekündigt, darüber könne man einmal reden. Dann kam von Ihnen nichts mehr.

Wir legen Ihnen unseren Vorschlag in dieser Plenardebatte wieder auf den Tisch und fordern Sie auf: Lassen Sie uns die Studierendenwerke im Sinne der Studentinnen und Studenten dieses Landes besser unterstützen. Stimmen Sie dem zu!

(Beifall von der SPD)

Zweitens. Wir haben Ihnen einen Vorschlag unterbreitet, bei dem es darum ging, den Hilferuf der Kommunen hinsichtlich der Unterstützung der Geduldeten zu hören. Sie haben diesen Hilferuf – wie immer – ignoriert, weil Sie die Kommunen in dieser Frage wieder im Stich lassen wollen.

Drittens. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, eine Ausbildungsoffensive im Bereich der Erzieherinnen und Erzieher auf den Weg zu bringen. Egal wann Sie es endlich schaffen, ein entsprechendes Gesetz auf den Tisch zu legen, und ganz egal, wie es aussieht: Wir

wissen doch alle, dass es dort einen erheblichen Personalmangel gibt und dass wir vor einem Kollaps stehen.

Deswegen appelliere ich noch einmal an Sie: Folgen Sie unserem Vorschlag. Lassen Sie uns eine Ausbildungsoffensive starten, damit unsere Kitas mit mehr ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern die Qualität verbessern können. Das ist dringend notwendig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Ihr Haushalt ist unsolid. Das fängt schon beim Nachtrag an. Hier müssen Sie vom Landesrechnungshof zum Sparen gezwungen werden, indem er Ihnen deutlich macht, dass Sie einen Verfassungsverstoß begehen wollen. Sie haben keine Eigeninitiative, sondern Sie fangen erst an, Schulden abzubauen, wenn der Landesrechnungshof Sie dazu zwingt. Das zeigt, dass Sie zum Schuldenabbau eigentlich überhaupt nicht bereit sind.

(Beifall von der SPD)

Herr Laschet, trotz sprudelnder Steuereinnahmen schaffen Sie etwas ganz Besonderes: Sie schaffen es, in anderthalb Jahren Regierungszeit zweimal eine Haushaltsverschlechterung hinzubekommen. Aus den Überschüssen des Jahres 2016 machen Sie 1 Milliarde Euro neue Schulden im Jahr 2017. Jetzt bauen Sie im Jahr 2018 zwar 151 Millionen Euro Schulden ab, wollen aber 2019 den Haushalt wieder verschlechtern und nur noch 30 Millionen Euro Schulden abbauen. Das ist doch keine solide Haushaltspolitik – im Gegenteil!

(Beifall von der SPD)

Hier soll der Schuldenabbau bei 30 Millionen Euro liegen. Das Saarland schafft 70 Millionen Euro. Es ist ja auch fast so groß wie NRW. Das ist also überhaupt kein Problem. Wirklich schlimm ist aber Folgendes: Seit den Überschüssen des Jahres 2016 haben Sie 8 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen. Mit 8 Milliarden Euro schaffen Sie lediglich 30 Millionen Euro Schuldenabbau. Das zeigt doch nur eines: Diese Regierung, diese Koalition kann nicht mit Geld umgehen.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie die hohen Überschüsse, die Sie nicht in den Schuldenabbau stecken, zumindest für die Gestaltung dieses Landes verwendet hätten, hätten wir ja nichts gesagt. Darauf haben Sie aber verzichtet. Sie geben auf viele Zukunftsfragen überhaupt keine Antworten. Da kommen die Änderungsanträge aus den Fraktionen, da wird mit der Gießkanne über das Land gezogen, da werden die Wunschzettel der Abgeordneten erfüllt – aber ohne Konzept und ohne Plan.

Herr Löttgen, als wir gefordert haben, die Bürgerinnen und Bürger von den Straßenbaubeiträgen zu

entlasten, haben Sie davon gesprochen, das sei wie Freibier. Was machen Sie denn? Ihr Motto für Politik lautet: Champagner für alle – aber ohne jede Konzeption.

(Beifall von der SPD)

Wie können Bildungschancen verbessert werden? Wie kann man etwas für den angespannten Wohnungsmarkt tun? Was können wir für den Strukturwandel in den Kohlegebieten tun? Was können wir tun, um die offene Ganztagsgrundschule zu verbessern? Viele Zukunftsfragen unseres Landes beantworten Sie in diesem Haushalt nicht.

Herr Laschet, Sie erwecken den Eindruck, dass Politik in diesem Land gestaltet wird, indem man in Talkshows geht und sich auf dem roten Teppich bewegt. Das ist nicht so. Politik wird mit einem solchen Haushalt gestaltet, und das ist harte Arbeit.

Dieser Arbeit verweigern wir uns nicht. Deswegen werden wir Ihnen einige Verbesserungsvorschläge – auch zur dritten Lesung – vorlegen, die deutlich machen, wie wir den Haushalt gestalten wollen. Wir werden Vorschläge für mehr sozialen Zusammenhalt, für mehr Handlungsfähigkeit im Wohnungsbau, für bessere Bildungschancen, für die Unterstützung des Strukturwandels in den Kohlerevieren und für mehr innere Sicherheit machen. Wenn Sie schon keine eigenen Ideen und keinen eigenen Plan haben, sollten Sie wenigstens unsere Ideen und Pläne aufgreifen. Sie dürfen auch gerne wieder unsere Anträge kopieren; denn das wäre gut für das Land.

Lassen Sie diesen Haushalt nur nicht so, wie er ist. Dann bleibt er nämlich unsozial, planlos und unsolid. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Moritz das Wort.

(Beifall von der CDU)

Arne Moritz (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss schon sagen:

(Zuruf von der SPD: Super Rede!)

Die Dreistigkeit von Teilen der Opposition bei der Einbringung des Haushalts hat mich doch sehr verwundert.

(Michael Hübner [SPD]: Das müssen Sie jetzt ablesen?!)

Aber jetzt erst mal zu den Fakten: Mit dem Haushaltsentwurf 2019 schafft das Land zum zweiten Mal nach 2018 einen Überschuss und – was besonders wichtig ist – investiert noch mehr in die Zukunft von Nordrhein-Westfalen als in den vergangenen Jahren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Denn ganz im Sinne von Helmut Kohl gilt:

(Zuruf von der SPD: Oh! So weit müssen Sie schon zurückgehen!)

Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

– Das ist so ein Pawlow'scher Reflex bei Ihnen.

Für Herrn Kutschaty ist das aber zu wenig. In der ersten Lesung zum Haushalt am 19. September 2018 hat Ihr Fraktionsvorsitzender ausgeführt:

„Mut für große Investitionen in die Zukunft? Fehl-anzeige!“

Lieber Herr Kutschaty, mit 8 Milliarden Euro und rund 10 % des Haushalts investieren wir absolut und relativ mehr als in der vergangenen Legislaturperiode. Herr Kollege, es ist eigentlich nicht so schwer, herauszufinden, wie hoch die Investitionsquote ist. Schauen Sie doch einfach mal nach.

Unwahrheiten scheinen aber ebenso Teil der Oppositionsstrategie von links zu sein wie Paradoxie. Denn während auf der einen Seite kritisiert wird, dass der NRW-Koalition der Wille zu Investitionen fehlt, wird auf der anderen Seite der Haushaltsüberschuss von 30 Millionen Euro verrissen. Dabei waren doch Sie die Schuldenweltmeister und wollten uns hier verkaufen, dass Schuldenmachen das Allheilmittel sei.

(Beifall von der CDU und der FDP)

144,8 Milliarden Euro Schulden haben Sie uns hinterlassen.

(Michael Hübner [SPD]: Was?)

Es ist der natürliche Reflex der Opposition, nach mehr zu schreien.

(Monika Düker [GRÜNE]: Nach weniger!)

Aber dann muss man sich auch entscheiden und eine Linie halten. Das heißt: Sie fordern entweder mehr Investitionen oder striktere Sparmaßnahmen. Doch statt an einer konsequenten Strategie wird der Haushalt an der Grenze der Unmöglichkeit ausgerichtet.

Auf Basis der Fakten, die uns allen für die Aufstellung eines Haushalts vorliegen, werden Forderungen nach noch mehr Investitionen in die Digitalisierung, noch mehr Geld für die Kinderbetreuung, noch mehr Mitteln für die Bildungsinfrastruktur oder der Übernahme der Straßenbaubeiträge formuliert. Dabei sollte es am besten noch einen Überschuss von 1 Milliarde Euro geben; andere Länder würden das ja auch schaffen.

(Michael Hübner [SPD]: Sie schwimmen doch im Geld!)

Den Haushaltsplanentwurf, der unter den aktuellen Bedingungen das alles erfüllt, findet man im Märchenbuch, aber nicht hier im Parlament.

Ja, wir haben Mehreinnahmen und wir investieren diese auch. Das bestreitet niemand. Um all das jedoch, was Rot-Grün in den vergangenen Wochen gefordert hat, umsetzen zu können, fehlt ein exorbitanter Geldregen von oben. Da ist aber noch nicht einmal ein Wölkchen zu sehen.

Einen Beitrag zur Konsolidierung erkenne ich in den Forderungen weniger als eine ganz simple Oppositionsstrategie. Ihnen fehlt Maß und Mitte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dabei wissen alle demokratischen Parteien hier im Haus, welche Fragen man sich bei der Aufstellung eines Haushaltsplans für das kommende Jahr stellen muss: Wie bleiben wir ein attraktiver Wirtschaftsstandort und schaffen bestmögliche Betreuungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, ohne auf Kosten der Zukunft jüngerer Generationen zu leben? Was tun wir, um beim digitalen Straßenverkehr genauso Schritt halten zu können wie beim analogen Verkehr auf Straße und Schiene? Was müssen wir bei der Integration anpacken, um dem sozialen Frieden eine Basis zu geben?

Die Reihe der Fragen könnte man noch lange fortführen. An der Formulierung der Fragen und dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf wird aber klar: Für die NRW-Koalition gibt es kein Entweder-oder.

Beginnen wir einmal bei der Digitalisierung. Alle Lebensbereiche werden maßgeblich von der Digitalisierung beeinflusst. Frühzeitige Fortschritte in diesem Bereich werden sich in naher Zukunft doppelt bezahlt machen. Das ist klar.

In der Realität aber sieht es momentan eher so aus, dass wir mit der Digitalisierung auf dem Land hinterherhinken, sowohl bei den Behörden als auch in der freien Wirtschaft. Es fehlt an schnellem Internet, Digitalunternehmen, Informatikern und, und, und.

(Michael Hübner [SPD]: Die Milchkanne ist von Ihrer Bildungsministerin!)

Dass wir mit dem Haushaltsplan die finanziellen Voraussetzungen für die Digitalstrategie schaffen, dass wir die Verwaltung digitaler gestalten und dass wir den Breitbandausbau konsequent fördern, ist genau das richtige Signal für Wirtschaft, Bildung und Kommunen.

So viel Potenzial in der modernen Technik auch steckt und so viel heute auch digital getradet wird: Die NRW-Koalition lässt nicht außer Acht, dass che-

mische Erzeugnisse, Maschinen, Metalle und Fahrzeuge immer noch gut 50 % der Exportgüter unseres Landes ausmachen.

Wenn ich dann lese, dass man der Hälfte des Landesstraßennetzes einen schlechten oder sehr schlechten Zustand zuschreibt und Verkehrswissenschaftler in diesem Zusammenhang von einer tickenden Zeitbombe sprechen, da dieser Zustand seit Jahren nicht angegangen wurde, mache ich mir nicht nur um die wirtschaftliche Stabilität Sorgen, sondern auch um die Infrastruktur in NRW.

Der aktuelle Zustand ist Beweis genug, dass straßenbautechnisch in den letzten Jahren wenig bis gar nichts gelaufen ist. Folgerichtig ist, dass wir mit dem Haushaltsplan 2019 die Ausgaben für Landesstraßen und Radverkehr um gut 12 % steigern und einen Großteil in die Sanierung der Landesstraßen fließen lassen.

Und noch einmal: Wer hier den angeblich fehlenden Mut der NRW-Koalition bemängelt, hat entweder ein Problem mit der Wahrnehmung oder versucht auf ganz billige Art und Weise, auf sich aufmerksam zu machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir geben mit dem Haushaltsplan 2019 einen ausgewogenen Rahmen vor und schaffen die Möglichkeiten, Missstände nachhaltig und maßvoll anzugehen, ohne Problemfelder übers Knie zu brechen.

Das gilt für den Verkehrsbereich ebenso wie für den Bereich Bildung. Auch hier setzen wir die Analyse der Regierungsfehler der letzten Legislaturperiode fort, beheben die Probleme und nehmen dafür nochmals 750 Millionen Euro mehr in die Hand als im vergangenen Jahr.

Dass wir dabei erfolgreich sind, zeigt sich etwa darin, dass die Zahl der Quereinsteiger in den Lehrerberuf kontinuierlich steigt, die Voraussetzungen für 2.700 Neueinstellungen geschaffen werden und Lehrerstellen, die Rot-Grün streichen wollte, erhalten bleiben.

Die Liste der Punkte, die die NRW-Koalition im Gegensatz zur Vorgängerregierung nicht einfach so toleriert und mit dem Haushaltsplan 2019 endlich auf die Agenda nimmt, könnte ich noch lange fortführen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Machen Sie doch mal! Ich habe nichts gehört! – Zurufe von der SPD)

Auf ein Thema möchte ich aber ganz besonders zu sprechen kommen. Als ab dem Jahr 2015 rund 430.000 Asylbewerber und Schutzberechtigte kamen, war von Beginn an klar, dass mit der Zuwanderung verbundene Aufgaben nur durch die Kooperation von Bund, Land, Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern angegangen werden konnten.

Der Bund hat Geld zur Verfügung gestellt, die Kommunen haben für die Unterbringung und Verpflegung gesorgt, und die Zivilgesellschaft hat ein Engagement gezeigt, wie man es seit Jahrzehnten nicht gesehen hat.

Nur die rot-grüne Landesregierung in NRW hat sich stumm, blind und taub gestellt. Aber Sie haben die klebrigen Hände offengehalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nichts haben die Kommunen von dem Geld bekommen. Sie haben nicht einen einzigen Cent weitergeleitet.

Die Spitze der Unverfrorenheit ist das aber noch nicht gewesen. Diese wird erst dann erreicht, wenn man sich als abgewählte Regierungskoalition ans Rednerpult stellt und behauptet, man habe in dem Jahr, in dem die Kommunen für die Integration dringend Geld benötigt haben, angeblich 217 Millionen Euro Haushaltsüberschuss erzielt. Das ist aus der Sicht der Kommunen und aus der Sicht der Koalition von FDP und CDU nicht zu überbieten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir dagegen leiten die Mittel in vollem Umfang weiter, sodass sie für den Aufbau von Integrationsstrukturen verwendet werden können.

Ja, es ist nicht alles rosig in unserem Land. Ja, es gibt noch viele Themen, an denen wir arbeiten müssen. Aber der Haushaltsplanentwurf, der uns vorliegt, greift Probleme mit Maß auf, zeigt Mut zu Investitionen, kommt trotzdem mit dem zur Verfügung stehenden Geld aus und schafft nach jahrelangem Miesemachen endlich eine Perspektive.

Meine Damen und Herren, der Motor NRW nimmt jetzt Fahrt auf. Mit dem Haushaltsplanentwurf legen wir den nächsten Gang ein. Es geht in die richtige Richtung. Bremsen lassen wir uns nicht.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen erteile ich der Kollegin Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Fast zwei Jahre ist es her, dass der Ministerpräsident, damals Oppositionsführer, hier sein haushalts- und finanzpolitisches Regierungsprogramm für den Fall, dass er Ministerpräsident würde, vorgestellt hat. Das war am 14. Dezember 2016.

Was hat diese Regierung damals in der Opposition so alles versprochen? Schauen wir uns das doch einmal an.

Erstens sagte Herr Laschet damals, Ziel sei eine sparsame Landesverwaltung; keine zusätzlichen Beamten in die Ministerien. Die Aufblähung der Apparate von Rot-Grün habe ein Ende. Stattdessen würde man eine grundlegende Aufgabenkritik machen und Stellen konsequent abbauen.

Weiter sagte Herr Laschet – er ist jetzt nicht da, aber es wurde stark beklatscht –, mit all den Förderprogrammen von Rot-Grün müsse jetzt auch Schluss sein. Er sagte wörtlich: Man kann ja nicht jeden Tinnel in Programmen regeln.

Dann wurde waghalsig eine Drittellösung gefordert, die er auch umsetzen wolle. Die Drittellösung hieß für ihn damals: Bei Steuererhöhungen geht ein Drittel in den Schuldenabbau, ein Drittel in Investitionen und ein Drittel in die Entlastung der Bürger. Auch die Gewerbesteuer, die Grundsteuer in den Kommunen müssten gesenkt werden usw. usf.

Wie sieht es denn nun im real existierenden Regierungshandeln zwei Jahre danach aus? Die Steuereinnahmen sprudeln, sodass man meinen könnte, man könnte diese hehren Ansprüche wunderbar umsetzen. – Insgesamt verfügt diese Koalition seit Regierungsübernahme über 6,4 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen gegenüber dem letzten Haushalt von Rot-Grün. Was ist denn nun mit der angekündigten Drittellösung? Rechnen wir das einmal durch.

Nachweislich wurde von diesem üppigen Geldsegen nicht mehr investiert, Herr Lienenkämper. Das ist das größte Problem; denn die Investitionsquote dümpelt auf niedrigem Niveau vor sich hin. Sie sinkt in der mittelfristigen Finanzplanung sogar.

Nehmen wir das nächste Drittel: Schuldenabbau. Auch hier finden wir eine Anwendung nur in homöopathischen Dosen. Ein Drittel von gut 6 Milliarden Euro sind nach Adam Riese 2 Milliarden Euro, die eigentlich in den Schuldenabbau gehen müssten. Was ist passiert? – Insgesamt sind es nur 180 Millionen Euro. Ich würde sagen: Da ist noch gut Luft nach oben in Bezug auf das, was Sie den Wählerinnen und Wählern versprochen haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen ist auch nicht in Sicht.

Und was ist aus der sparsamen Landesverwaltung geworden? – Statt Aufgabenkritik und consequentem Stellenabbau haben wir – mit drei Haushalten, muss man dazusagen – 450 Stellen mehr in den Ministerien. Allein in der Staatskanzlei hat sich Herr Laschet einen ordentlichen Schluck aus der Pulle gegönnt und hat 60 Planstellen mehr zur Verfügung. Niemand kann sagen, wie das denn wieder eingespart werden soll.

Und was ist last but not least aus dem sogenannten Tinnef geworden, den der Ministerpräsident damals abschaffen wollte?

(Beifall von den GRÜNEN)

Was findet sich denn in den Erhöhungsanträgen der Koalitionsfraktionen? 170 Millionen Euro haben Sie in der zweiten Lesung noch einmal draufgepackt. Natürlich ist es schön, wenn der Europäische Kulturmarken-Award von Berlin nach Essen geholt wird – der rote Teppich, ein bisschen Glamour fürs Ruhrgebiet, natürlich ist das schön. Es ist auch wichtig, die Bewahrung des verkehrshistorischen Kulturguts mit 500.000 Euro zu finanzieren. Für die Jäger sind die Kühlcontainer für erlegtes Schwarzwild für 600.000 Euro wahrscheinlich auch sehr angenehm.

Ich würde jetzt nicht so weit gehen wie der Ministerpräsident damals und das alles als Tinnef bezeichnen. Nein, das ist alles – aus dem jeweiligen Blickwinkel – nice to have. Das Problem ist nur: Wenn Sie es im Jahr 2019 mit einem Steuermehraufkommen gegenüber 2018 in Höhe von 2,6 Milliarden Euro nicht schaffen, diese 170 Millionen Euro Wohltaten – jeder kann im Wahlkreis vor Ort sicher einen schönen Scheck übergeben; das gönne ich Ihnen allen – aus den Mehreinnahmen zu finanzieren, sondern diese mit einer Entnahme aus der Rücklage von 2018 finanzieren, dann ist das ein finanzpolitischer Offenbarungseid, den Sie hier in der zweiten Lesung auf den Tisch gelegt haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist nicht die angekündigte Haushaltswende. Dieses selbstgefällige Selbstlob riecht dann nicht einmal mehr streng, Herr Lienenkämper, es ist einfach nur noch Etikettenschwindel. Statt dieser finanzpolitischen Geisterfahrt braucht NRW aus unserer Sicht ein nachhaltiges Zukunftsprogramm, das zuallererst nicht die Realitäten ausblendet, so wie Sie es tun.

Alle führenden Wirtschaftsinstitute, Herr Lienenkämper, prognostizieren ein reduziertes Wachstum. Das hat auch der Bundesfinanzminister in der Haushaltsdebatte des Bundes klar dargelegt. Die Trendwende wird nächstes Jahr kommen. Die fetten Jahre sind langsam vorbei. Offenbar meint der hiesige Finanzminister, an NRW werde das alles vorbeiziehen; denn die mittelfristige Finanzplanung – man sehe und staune – geht weiter von astronomischen Steuermehreinnahmen aus.

So soll das Steuervolumen von derzeit 61,5 Milliarden Euro Steuereinnahmen laut der Ergänzung bis 2022 – also in drei Jahren – noch einmal um sage und schreibe 10 Milliarden Euro auf 71 Milliarden Euro steigen. Herr Minister, das ist nicht Zweckoptimismus – das ist fahrlässige Finanzplanung. Das geben die führenden Wirtschaftsinstitute mit ihren Prognosen einfach nicht her.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit einem Blick auf die Realität muss aus unserer Sicht jetzt, solange die Überschüsse da sind, eine konsequente Investitionsstrategie verfolgt werden. Wir müssen den Investitionsstau jetzt abbauen; denn den gibt es bei den Krankenhäusern, bei den Maßnahmen, die wir zur Klimaanpassung brauchen, in den Kommunen, bei der digitalen Infrastruktur, beim ÖPNV, bei der Integration – wo auch immer.

Das wäre eine nachhaltige Finanzpolitik. Die heute vernachlässigten Investitionen, Herr Minister, sind Ihre Schulden von morgen. Deswegen muss jetzt mehr investiert werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu den Zukunftsinvestitionen gehören für uns aber auch Ausgaben für den Bildungsbereich. Wo bleibt die entschlossene Antwort der Schulministerin auf den zunehmenden Lehrermangel an Grundschulen? Eine Konsequenz wäre jetzt zum Beispiel, die Besoldungserhöhung auf A13 durchzusetzen.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

Jetzt haben Sie das Geld, Frau Ministerin. Die Besoldungserhöhung könnte man – wir haben ein Konzept dazu vorgelegt – mit Mehrarbeit auf einem Zeitkonto kombinieren, um kurzfristig mehr Lehrerstunden zu schaffen.

Zu den Zukunftsinvestitionen gehören für uns auch und vor allem handlungsfähige Kommunen. Frau Scharrenbach – sie ist gerade nicht im Raum –, die Kommunen rennen mit ihren Hilferufen im Kommunalministerium gegen Mauern. Die Zuschüsse an die Kommunen für Geduldete haben Sie in der Opposition mehrfach gefordert, Kolleginnen und Kollegen, aber jetzt wird nicht geliefert.

Die Weiterleitung der Integrationspauschale ist auch so eine Trickserie. Von Herrn Stamp wurde vollmundig verkündet, jetzt gehe alles an die Kommunen. Auf die Frage, wie das gedeckt werden soll, haben Sie gesagt: Das machen dann die Fraktionen. – Die haben es aber nicht gemacht.

(Zuruf: Doch!)

– Nein, für die 332 Millionen Euro findet sich keine Deckung im Haushalt. Das heißt, das werde über das FlÜAG finanziert – und am Ende zahlen es die Kommunen.

(Beifall von den GRÜNEN – Daniel Sieveke [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht!)

Eine Antwort dazu steht aus. Sie können das gern einmal dem Finanzminister erklären. Er konnte uns im Haushalts- und Finanzausschuss keine Antwort darauf geben. Ich glaube, hier werden die Kommunen für dumm verkauft. Das sollten Sie dann aber auch so sagen.

Eine zügige KiBiz-Reform – Herr Minister, das sage ich auch in Ihre Richtung – wurde in der Anhörung mehrfach durch die Kommunen angemahnt. Statt einer Übergangsförderung, mit der Lücken gestopft werden, brauchen wir eine konsequente Reform.

(Henning Höne [FDP]: Wer hätte die denn vorbereiten können? Seit 2012! – Gegenruf von Wolfgang Jörg [SPD]: Nach zwei Jahren Regierung hätte man das selber machen können!)

Auch der Bedarf bei der Klimaanpassung wurde von den Kommunen angemahnt. Die Klimafolgen müssten langsam auch bei Ihnen angekommen sein. Die Kommunen müssen sich durch Frischluftschneisen und Maßnahmen zur Entseigerung sowie zur Vorsorge gegen Überschwemmungen auf heiße Sommer einrichten.

All dies mahnen die Kommunen an. Sie brauchen hierbei Unterstützung vonseiten des Landes. Es gibt nichts. Das gilt auch für die Altlastensanierung und den ÖPNV-Ausbau. Die Liste lässt sich weiter fortsetzen; es gibt keine Antwort auf diese Herausforderungen.

Vor allen Dingen warten wir noch immer auf eine Antwort der Landesregierung zu den Altschulden. Wenn nicht jetzt, wann dann sollte es einen Schuldenschnitt für die Kommunen geben, bei niedrigen Zinsen und sprudelnden Steuereinnahmen?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn man zuwartet, wird es immer nur noch teurer. Wenn man die Kommunen hier entlastet, können sie perspektivisch vielleicht auch wieder ihre Steuern senken. Schließlich ist es doch gewünscht, Wirtschaft und Bürger zu entlasten. Aber dafür brauchen die Kommunen Unterstützung.

(Zuruf von der FDP: Hört, hört!)

Mein Fazit lautet: In der Finanzpolitik des Landes gilt das Prinzip Hoffnung: Die Party geht irgendwie weiter, die sprudelnden Steuereinnahmen werden schon nicht versiegen. Man kann einfach so weitermachen und verteilt Wohltaten mit der Gießkanne, statt nachhaltig zu investieren.

Zudem gibt es keine Antworten auf die großen Herausforderungen wie die Klimakrise. Umwelt, Natur und Tierschutz haben in dieser Landesregierung eigentlich keine Lobby. Kommunen werden mit den drängendsten Problemen im Stich gelassen. Investitionsstaus und die Probleme mit Kassenkrediten könnten mit einem Altschuldenfonds schnell behoben werden. Auch hierauf gibt es noch keine Antwort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine nachhaltige Finanzpolitik ist das unserer Meinung nach nicht. Sie sind einmal mehr an Ihren eigenen Ansprüchen gescheitert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Frau Kollegin, es gibt eine Kurzintervention des Kollegen Moritz von der CDU-Fraktion. – Bitte schön.

Arne Moritz (CDU): Liebe Frau Düker, ich habe vorhin von der simplen Oppositionsstrategie gesprochen, und Sie haben diesen Vorwurf gerade mit Ihrer Rede als wahr bezeichnet. Vorhin haben Sie die Kosten in Höhe von 600.000 Euro für die Kühlcontainer für das Schwarzwild kritisiert.

(Zuruf von den GRÜNEN: Hat sie nicht! – Gegenruf von der CDU: Doch!)

Diese Kühlcontainer werden den Kreisen zur Verfügung gestellt, um die Wildschweine zentral zu lagern, und zwar im Rahmen einer Seuchenprävention. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Haben Sie eine Ahnung davon, welcher wirtschaftliche Schaden entstehen würde, wenn eine solche Seuche ausbräche?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Monika Düker (GRÜNE): Herr Moritz, Sie haben nicht genau zugehört. Ich habe die Kühlcontainer nicht kritisiert.

(Zurufe von der CDU)

Ich habe gesagt, aus Sicht der jeweiligen Bedarfsmelder mag das alles nachvollziehbar sein. Ich habe auch nicht die Bewahrung des verkehrshistorischen Kulturguts, zum Beispiel das neue Eisenbahnmuseum in Sprockhövel oder wo auch immer, kritisiert. Das mag alles richtig und begründbar sein. Ich habe kritisiert, dass Sie das nicht aus den zusätzlichen Steuereinnahmen in Höhe von 2,6 Milliarden Euro finanzieren, sondern dass Sie das im Grunde auf Pump finanzieren. Das habe ich kritisiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie eine nachhaltige und seriöse Finanzpolitik machen wollen – und das doch Ihr Anspruch –, sollten Sie das Geld nicht aus der Rücklage nehmen. Bei den derzeitigen Steuereinnahmen könnten Sie das vielmehr aus den laufenden Einnahmen decken. Das habe ich kritisiert, und nichts anderes.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Wer zuhört, ist klar im Vorteil!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die FDP hat nun der Abgeordnete Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Haushaltspolitik der NRW-Koalition folgt einem klaren Pfad. Direkt nach

dem Politikwechsel im Jahr 2017, Herr Kollege Zimkeit, mussten mit Rettungsmaßnahmen zunächst die schlimmsten Hinterlassenschaften der abgewählten Links-links-Regierung in diesem Land im Wege eines Smart Repair korrigiert werden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich möchte in diesem Zusammenhang einmal das Kita-Träger-Rettungspaket als Beispiel heranziehen.

Im Jahr 2018 ist nach 45 Jahren die erste schuldenfreie neue Haushaltsaufstellung erfolgt. Heute wissen wir: Mit dem Nachtrag 2018 beginnt der Schuldenabbau sogar bereits in diesem Jahr. Mit dem Haushalt 2019 werden systematisch Überschüsse erwirtschaftet, die in der mittelfristigen Finanzplanung bereits 2020 die Größenordnung von Milliarden erreichen und bis zum Ende der Legislaturperiode in 2022 kontinuierlich anwachsen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wir jedenfalls, Herr Kollege Zimkeit, nennen es eine generationengerechte Politik,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Wie bitte?)

wenn junge Menschen eine solidere finanzielle Zukunft vorfinden.

(Beifall von der FDP und der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Dann machen Sie es doch mal!)

Zwei Effekte sind dafür vor allem verantwortlich. Durch die schwarz-gelbe Entfesselungspolitik der Wirtschaft

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

hat Nordrhein-Westfalen seine Wirtschaftsdynamik und seine Position im Länderfinanzausgleich verbessert. Wir erwirtschaften also mehr eigene Einnahmen. Ferner werden im neuen Haushalt 2019 immerhin 185 Millionen Euro eingespart, nach 131 Millionen Euro im Jahr 2018.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Legende!)

– Ebenfalls richtig ist, Herr Kollege Zimkeit, dass der Haushalt 2019 so kommunalfreundlich ist wie noch nie in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Lachen von der SPD)

Kommunen erhalten Gesamtzuweisungen von über 27 Milliarden Euro. Das sind über 35 % der bereinigten Gesamtausgaben des Landes.

(Michael Hübner [SPD]: Das hat doch mit Ihrer Politik nichts zu tun!)

Die GFG-Verbundmasse wird 2019 allein 12,4 Milliarden Euro betragen.

(Michael Hübner [SPD]: Das hat doch mit Ihrem Handeln nichts zu tun!)

Zum Vergleich: Das sind 1,8 Milliarden Euro oder 17 % mehr als im Basisjahr 2017. Auf die Details des GFG – die Integrationspauschale, den Stärkungspakt, die Unterhaltsvorschussentlastung und den Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage – werden unsere Fachpolitiker sicherlich gesondert eingehen.

Die Investitionen steigen von 7,2 Milliarden Euro um 800 Millionen Euro auf 8 Milliarden Euro an. Wir investieren in moderne digitale Infrastruktur, in Verkehrswegebau, in Medizin- und Hochschuleinrichtungen. Das sind zukünftig ganz wesentliche Standortfaktoren für unser Land. Unsere Infrastruktur wollen wir von schwarz-gelber Seite aus nicht länger verrotten lassen. Sie braucht Sanierung und bedarfsgeordneten Ausbau.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die NRW-Koalition setzt zugleich ihre Wahlversprechen um, die Politikschwerpunkte Bildung und innere Sicherheit erkennbar zu stärken. Das ist uns wichtig; denn wir brauchen ausdrücklich keinen Staat, der mündige Bürger mit erhobenem Zeigefinger zu mehr Veggie Days erziehen will, sondern einen handlungsfähigen Staat, damit Menschen nicht Opfer brutaler Kriminalität werden und bessere Lebenschancen in der Bildung vorfinden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Bereich der frühkindlichen Bildung werden über 27.000 Betreuungsplätze zusätzlich geschaffen. Der Schulbereich weist ein Plus von mehreren Tausend Stellen für bessere Inklusion, OGS-Ausbau und Talentschulen aus.

Polizei und Justiz werden mit über 1.000 Stellen verstärkt, und die Einsatzrüstung zum Schutz der Landesbeamten wird verbessert.

Gewaltschutz im öffentlichen Dienst ist ein Arbeitsschwerpunkt dieser Regierung. Wir verurteilen ausdrücklich die wachsende Gewalt gegen alle Landesbeamten, die ihren wertvollen Dienst für uns alle und unsere Gesellschaft verrichten.

Die Respektlosigkeit hat gerade bei Blaulichtberufen in erschreckendem Umfang zugenommen. Ärzte, Feuerwehrmänner und Polizeibeamte werden häufig Gewaltopfer, wenn sie anderen Menschen helfen wollen. Dem werden wir konsequent entgegenzutreten; denn niemand hat es verdient, sich beschießen oder mit Fäkalien übergießen zu lassen – erst recht nicht, wenn er seinen Dienst für die Allgemeinheit tut.

(Beifall von der FDP, der CDU und Nic Peter Vogel [AfD])

Gewalttätern, die unsere Rechtsordnung verachten – sei es im Hambacher Forst oder in Großfamilienclans –, muss mit aller Konsequenz und Härte des Rechtsstaats begegnet werden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Deshalb investieren wir bei Polizei und Justiz in einen handlungsfähigen Rechtsstaat. Dieser Vorzeichenwechsel wird schon deutlich, wenn man sich anschaut, wofür Rot-Grün Geld ausgegeben hat. Deshalb erinnere ich Sie sehr gerne, weil es ein so schönes Beispiel ist, an das Bildungsprogramm von Rot-Grün. Da ging es nicht nur um Skurrilitäten wie die Betrachtung von pupsenden Kühen, mystischen Hecken, den fledermausfreundlichen Hausumbau oder Ihre ideologische Kampagne gegen Rasenmäher mit dem Titel „Jetzt ist aber Sense“.

(Heiterkeit von der FDP und der CDU – Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

– Ich meine das ganz ernst. Sehen Sie sich mal genau an, Frau Düker, was in grüner Regierungsverantwortung

(Monika Düker [GRÜNE]: Der Wahlkampf ist vorbei! Sie müssen jetzt liefern!)

im Bereich von Wildnispädagogik und Survival angeboten worden ist.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wollen Sie nicht mehr regieren?)

Ich sage Ihnen im Wortlaut, welche Maßnahmen der Steuerzahler da hat finanzieren müssen: „Essbares aus dem Wald zubereiten“, „Feuer entfachen ohne moderne Hilfsmittel“,

(Monika Düker [GRÜNE]: Was hat das mit Ihrem Haushalt zu tun? – Josefine Paul [GRÜNE]: Was machen Sie mit Ihrem Haushalt? – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie sind Regierung!)

„Draußen schlafen ohne Zelt und Schlafsack“, „Grundausrüstung und Techniken, um tragfähige Seilkonstruktionen zwischen Bäumen zu errichten“ und „Hütten selber bauen“. Die praktische Anwendung derlei Erkenntnisse haben wir doch in den letzten Wochen im Übermaß erfahren. Ich sage nur: Der Hambacher Forst lässt grüßen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von der AfD)

Frau Kollegin Düker, mich wundert, dass gerade Sie den Bildungsbereich ansprechen, weswegen Sie ja mit abgewählt worden sind! Mir geht es nicht nur um die abseitigen Maßnahmen, die Sie veranstaltet haben. Uns geht es vielmehr darum, was Sie in diesem Land unterlassen haben!

(Beifall von der FDP, der CDU und Alexander Langguth [fraktionslos])

Sie haben sich nämlich bei all Ihren ideologischen Schullabors, bei Ihren Survivaltrainings im Wald zwei Legislaturperioden lang nicht um die Fragestellung gekümmert, wie viele Menschen in Nordrhein-Westfalen Lehrer werden wollen. Deshalb gibt es heute ein Problem mit unbesetzten Stellen.

(Beifall von der FDP, der CDU und Alexander Langguth [fraktionslos] – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Von daher ist es scheinheilig, wenn Abgeordnete der heutigen Opposition in ihren Wahlkreisen stehen und unter Krokodilstränen sagen: Oh, hier gibt es an irgendeiner Schule einen Lehrermangel, und hier fehlt ein Polizeibeamter! – Wer hat es denn unterlassen, die Ausbildung zu stärken? Das waren doch Sie!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben sofort gehandelt: Lehrerwerbekampagne, Ausweitung der Studienplatzkontingente für Lehrämter, Rekorderstellungen bei Polizeikommissarantwärtlern – die höchsten Einstellungszahlen in der Geschichte dieses Landes – und eine bessere Stellenausstattung bei der Justiz, damit zukünftig der Rechtsstaat gewinnt und nicht der Rechtswegestaat.

Natürlich haben wir Hinterlassenschaften von Ihnen zu bewältigen, wie die Milliardenlasten der WestLB, die die Bürger in diesem Land noch die nächsten Jahre belasten werden. Wäre man vor anderthalb Jahrzehnten den Vorschlägen der FDP zur Privatisierung gefolgt, hätten wir die Probleme heute nicht.

(Zuruf von der SPD: Ich glaube es nicht!)

Präsident André Kuper: Herr Kollege, es gibt den Wunsch einer Zwischenfrage durch die Kollegin Beer.

Ralf Witzel (FDP): Ja, selbstverständlich.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ich halte Ihnen zugute, dass Sie vergessen haben, dass Sie die Lehramtskapazitäten so zusammengekürzt haben, dass wir sie wieder um 900 Stellen aufstocken mussten, sonst hätten wir noch weniger Lehrkräfte gehabt. Das will ich gar nicht nachfragen.

Aber ich frage Sie jetzt ganz konkret: Wann können die Grundschullehrkräfte erwarten, dass die Besoldung auf A13 angehoben wird? Das findet sich in diesem Haushalt nicht. Wann ist die Zeit gekommen, dass Sie das umsetzen?

Ralf Witzel (FDP): Frau Kollegin Beer, wir reden, wie Sie zu Recht sagen, über den vorliegenden Haushaltsentwurf 2019.

(Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Weiß er nicht! – Gegenruf von Ralph Bombis [FDP]: Hören Sie doch zu!)

Die Koalition hat klar erklärt, dass sie in dieser Legislaturperiode die besoldungsrechtlichen Konsequenzen zieht, die zu ziehen sind. Die Koalition hat aber auch sehr klar gesagt, dass Sie sich schon einmal überlegen müssen, wie Sie hier auftreten.

Frau Kollegin Düker, ich habe Verständnis für ganz vieles, was da vorgetragen wird. Es gibt auch viele Fallkonstellationen, mit denen wir uns sehr intensiv beschäftigen. Es gibt viele Fragen im Besoldungsbereich, die erklärungsbedürftig sind. Zum Beispiel, warum ein Schüler nicht merkt, ob ein Lehrer angestellt oder verbeamtet ist, obwohl das mehrere Hundert Euro im Monat an Unterschied ausmacht.

(Michael Hübner [SPD]: Wie soll der Schüler das denn merken? Der ist froh, wenn die Schule stattfindet! Das doch ein Witz!)

Mit diesen Fragen müssen wir uns beschäftigen. Das haben wir auch angekündigt. Aber dass Frau Kollegin Düker hier sagt: Herr Finanzminister, ...

(Zuruf von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

– Hier, vor zehn Minuten. Frau Kollegin Düker, Sie haben hier vor zehn Minuten gestanden und an den Finanzminister und die Koalition adressiert gesagt: Sie müssen jetzt anfangen zu sparen; da kommen schwierige Jahre auf uns zu.

(Monika Düker [GRÜNE]: „Investieren“ habe ich gesagt!)

Und zwei Minuten später fordern Sie über Nacht Maßnahmen, die im Endausbau 700 Millionen Euro kosten. Mit dieser Frage muss man sich seriös beschäftigen,

(Heike Gebhard [SPD]: Dann müssen Sie investieren und nicht die Gießkanne nehmen!)

aber nicht auf diese platte Art und Weise, wie Sie es tun.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn Ihnen das wirklich so ein großes Anliegen gewesen wäre – Sie hatten zwei Legislaturperioden lang Zeit, Vorschläge zu machen.

(Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt nicht mehr, oder was?)

Von Ihnen ist gar nichts gekommen. Wir arbeiten an den Themen und werden Ihnen zum gegebenen Zeitpunkt unsere Lösungsvorschläge dafür unterbreiten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Damit komme ich zurück zum Thema „WestLB“. Wir haben uns in der Koalition vorgenommen, alle Landesbeteiligungen anhand transparenter Kriterien auf Privatisierungspotenzial zu überprüfen. Das ist auch notwendig. Die erste Entscheidung ist bereits gefällt worden: WestSpiel wird endlich privatisiert, so wie es auch der frühere SPD-Wirtschaftsminister Garrelt Duin für notwendig gehalten hat,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist doch gar nicht wahr! – Michael Hübner [SPD]: Das ist falsch!)

der sich aber, wie in so vielen Fragen, in der durchgrünten Koalition nicht durchsetzen konnte.

Auch das Thema „Entlastung“ ist von Ihrer Seite angesprochen worden. Das ist auch für uns ein wichtiges Thema. Deshalb stellen wir Ihnen in dieser Plenarwoche unsere Überlegungen zur Begrenzung der Kommunalabgaben vor; darüber werden wir in dieser Plenarwoche noch debattieren. Wir haben eine Bundesratsinitiative eingebracht, die unterstreicht: Wir wollen bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag für selbstgenutztes Wohneigentum.

(Michael Hübner [SPD]: Was hat das denn jetzt mit Privatisierung zu tun? Nichts! Wie die WestLB!)

Das dient nämlich der Vermögensbildung in der Mitte unserer Gesellschaft.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ein Zukunftsthema für uns ist ferner die Attraktivität des öffentlichen Dienstes,

(Michael Hübner [SPD]: Was ist denn jetzt Ihr Vorschlag dazu?)

mit dem wir uns in dieser Legislaturperiode auch intensiv beschäftigen werden: Investitionen für hochwertige Ausbildung, Gesundheitsmanagement, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Lebensarbeitszeitkonten zum wechselseitigen Vorteil von Beschäftigten und öffentlicher Hand.

Damit, Herr Präsident, komme ich zum Ende. Die beschriebenen Maßnahmen zeigen zweierlei. Wir sind auf einem richtigen Weg, NRW zu einem Land der neuen Chancen zu machen, aber wir sind noch nicht ganz am Ziel. Deshalb wollen wir gerne in dieser Konstellation viele weitere Jahre die Regierungsverantwortung für unser Land übernehmen,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Stefan Zimkeit [SPD]: Nein! – Michael Hübner [SPD]: Zum Glück nur bis zum Ende der Legislatur!)

damit die Erfolge des Modernisierungsprozesses immer stärker ihre Wirkung entfalten. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD hat nun der Abgeordnete Herr Strotebeck das Wort.

Herbert Strotebeck (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Viele Menschen sehen es nicht ein, welch große Einnahme die Sparsamkeit ist. – Dieser alte Vorwurf Ciceros könnte als Mahnung über dem Haushaltsentwurf 2019 stehen. Da Cicero Geschichte ist, ist es unsere Aufgabe, die Sparsamkeitslehre des Konsuls lebendig zu halten.

Bevor ich meine konkrete Kritik am Entwurf darlege, möchte ich mit einem Lob an die Landesregierung beginnen. Nordrhein-Westfalen wird 2018 und 2019 jeweils einen Überschuss erwirtschaften. Das begrüßen wir als AfD ausdrücklich. Damit endet aber leider das Lob auch schon.

Die erwirtschafteten Überschüsse sind viel zu gering. Ja, wir leben aktuell noch in wirtschaftlich guten Jahren. Die Niedrigzinsen und Rekordsteuereinnahmen im kommenden Jahr in Höhe von 61,5 Milliarden Euro machen einen größeren Überschuss zwingend notwendig. 2018 hätten Sie es leicht haben können. Sie bildeten im ursprünglichen Nachtragshaushalt eine allgemeine Rücklage in Höhe von 365 Millionen Euro. Diese war dann vor der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses noch als allgemeine Reserve geplant, um konjunkturelle Schwankungen in der Zukunft abzufedern. Dann konnte die Landesregierung aber nicht widerstehen und hat gleich im nächsten Schritt 150 Millionen Euro für Integrationsleistungen entnommen.

Wir haben deshalb bewusst vorgeschlagen, dass das Land mit diesen 365 Millionen Euro Schulden tilgt. Ein entsprechender Änderungsantrag liegt Ihnen vor. Dann hätte allerdings die Landesregierung keine Kasse mehr für Wahlkampfgeschenke oder sonstige Ausgaben in der Zukunft. So hätte sich die Politik selbst beschneiden können. Zukünftige Generationen hätten es uns gedankt, wenn wir eine hohe Summe in den Schuldenabbau gesteckt hätten. Sie haben diese Chance zur Konsolidierung fahrlässig verstreichen lassen.

Für das nächste Jahr planen Sie mit einem sehr bescheidenen Überschuss in Höhe von 30 Millionen Euro. Das ist ein Offenbarungseid. Dazu gleich mehr.

(Beifall von der AfD)

Im Vorwort zur aktuellen Finanzplanung für die Jahre 2018 bis 2022 versprach der Finanzminister Herr Lienenkämper noch eine Wende in der Haushaltspolitik Nordrhein-Westfalens. Der Dreiklang des Finanzministers lautet: Wir konsolidieren, wir modernisieren und wir investieren. – Große Worte, aber in vielen Bereichen leider nur wohlklingende Worte. Wie sieht

die Realität aus? – Erlauben Sie mir, ausführlich auf die grotesk niedrige Schuldentilgung einzugehen.

30 Millionen Euro sind auf den ersten Blick eine sehr stolze Summe. Sie muss aber in Relation insbesondere zum Umfang des Gesamthaushalts mit 77 Milliarden Euro und den Schulden gesehen werden. Ein Abgeordneter müsste für 30 Millionen Euro 200 Jahre im Parlament sitzen. Ein Erwerbstätiger mit einem Jahreseinkommen von 75.000 Euro – nach Friedrich Merz also unterer Mittelstand – müsste dafür 400 Jahre tätig sein.

Auf die Schulden von 140 Milliarden Euro bezogen – ohne die 53 Milliarden Euro Schulden der Kommunen zu berücksichtigen – sind es gerade einmal 0,02 %, und es wird ca. 5.000 Jahre dauern, bis die Schulden getilgt sind.

(Beifall von der AfD)

Zur Konsolidierung des Haushaltes gehört maßgeblich die Schuldentilgung, um Schuldzinsen zu sparen. Die Landesregierung geht von dem extrem günstigen Zinssatz von 1,75 % aus. Das entspricht einem Zinsaufwand von 2,47 Milliarden Euro.

Und was geschieht mit Blick auf die sich aufgrund der Vielzahl der Krisen ankündigenden steigenden Zinsen und der dem Wunsch der EZB entsprechenden Inflationsratensteigerung auf zwischenzeitlich 2,5 %? Üblicherweise müsste die EZB bei 2 % wieder einschreiten.

Ihre Haushaltsaufstellung vom September dieses Jahres für den Nachtragshaushalt 2018 sowie für den Haushalt 2019 war finanzpolitisch betrachtet etwas chaotisch.

(Beifall von der AfD)

Sie wendeten nämlich zunächst eine fragwürdige Haushaltsgestaltung an, indem Sie 2018 – wie erwähnt – eine Rücklage bildeten, um diese 2019 wieder aufzulösen. Alle Oppositionsfraktionen hatten große Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit dieser Rücklage.

Noch eine Anmerkung: Wenn wir das Zinsniveau aus dem Jahr 2008 hätten, dann wäre der Haushalt 2019 und die danach geplanten Überschüsse reine Makulatur. Nachdem die Haushaltsentwürfe schon einige Wochen eingebracht waren, kamen plötzlich Ergänzungen. Das Land NRW hatte in diesem Jahr plötzlich einen größeren Überschuss. Sie können jetzt die Vorsorgekosten für die WestLB in 2018 unterbringen – und das auch noch in einem größeren Umfang als zunächst vorgesehen.

Warum haben Sie nicht gleich alle Karten auf den Tisch gelegt? Das Gleiche gilt für den Umgang mit der Rücklage. So sollten Sie nicht mit dem Parlament umgehen!

Die AfD-Fraktion würde das Geld gerne zur Schulden tilgung nutzen. Zunächst haben Sie gesagt, das Geld sei für den Ausgleich konjunktureller Risiken in der Zukunft vorgesehen. Dies lässt sich angesichts der schwächer werdenden Konjunktur sogar nachvollziehen.

Oft wurde verlautbart, dass keinem Bürger im Zuge der Migrationskrise etwas weggenommen würde. Das ist falsch.

(Beifall von der AfD)

Das müssen wir auch für diesen Haushalt konstatieren. Zukünftigen Generationen wird eben nicht der finanzielle Ballast abgenommen, sie werden nicht von den hohen Schulden NRW befreit, und für sie werden keine hervorragenden Zukunftsinvestitionen getätigt. Die heutige Generation zahlt ebenso wie zukünftige Generationen die Zeche für die verfehlte Zuwanderungspolitik der Bundesregierung.

Unabhängig von den 150 Millionen Euro aus der Rücklage stelle ich die Frage: Wie viel mehr an Konsolidierung oder Geld für eine Senkung der Grunderwerbsteuer wäre möglich gewesen, wenn in 2015 er Art. 16a des Grundgesetzes angewandt worden wäre?

(Beifall von der AfD)

Bräuchten wir dann die zusätzlichen Richter, Staatsanwälte, Lehrer und Polizisten überhaupt in so hoher Anzahl?

Zudem gehe ich auf die Weigerung der Landesregierung ein, uns einen konkreten Plan zur Einsparung des Personals vorzulegen, das Schwarz-Gelb im Zuge des Regierungswechsels hundertfach in der Ministerialverwaltung aufgebaut hat. Alle Oppositionsparteien haben die Landesregierung dazu immer wieder befragt, und die Antworten waren immer wieder unzureichend.

Sicherlich gibt es Stellen, die im Zuge eines Regierungswechsels neu gestaltet werden müssen – diese Stellenbeschaffungssorgie können wir aber nicht nachvollziehen. Im Nachtragshaushalt 2017 waren das 139 Stellen und dann noch einmal 259 Stellen in den Ministerialkapiteln für 2018. In der Staatskanzlei bauen Sie in diesem Jahr weitere Stellen auf.

Die Polizeigewerkschaften rufen seit 2010 nach einer Reform des Zulagewesens – und weiterhin kommt nichts. Herr Witzel, ich hoffe, es tut sich doch noch was.

Die Landesregierung verweist immer wieder auf den Landesgesetzgeber, wenn es um Einsparungen geht – obwohl sie diejenige ist, die die Stellen in ihren Haushaltsentwürfen geschaffen hat. Bei so mancher Diskussion im Haushalts- und Finanzausschluss hatte ich den Eindruck, dass der Staatsdienst teilweise zu einer Art Versorgungssystem umfunktioniert wird.

(Beifall von der AfD)

Die Neutralität der Verwaltung ist jedoch einer der Grundpfeiler unseres Staates. Dieser Trend zur politisierten Beamtenschaft muss gestoppt werden, so wie ich es auch schon im letzten Jahr gefordert habe.

Aufseiten der Landesregierung besteht aber offensichtlich kaum Interesse daran, zu sparen und Schulden abzubauen – im Gegenteil. Nur zwei Beispiele aus diesem Jahr: erstens die selbstgefällige Nacht- und Nebel-Aktion aller Fraktionen – außer der AfD – zur Erhöhung der Fraktionsgelder und Mitarbeiterpauschalen um 89 %, was den Steuerzahler jährlich 14 Millionen € kostet,

(Zuruf von der CDU)

und zweitens das Abbügeln unseres Antrags bezüglich der Verkleinerung des Landtages.

Ganz offensichtlich befasst sich bis auf die AfD keine Partei ernsthaft mit dem Thema „Kostensenkung und Schulden sparen“. Warum nutzt die Landesregierung die niedrigen Zinsen und sprudelnden Steuereinnahmen nicht, um den gigantischen Schuldenberg abzubauen? Und was ist mit den Investitionen, der maroden Infrastruktur auf den Straßen und dem Reparaturrückstau in den Krankenhäusern? – Auch dazu wurden unsere Anträge abgelehnt.

Wegen all dieser Gründe wird die AfD-Fraktion die Haushalte ablehnen. Diese Ablehnung soll ein Signal für zukünftige Generationen bedeuten. Das sind wir ihnen schuldig.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Herbert Strotebeck (AfD): Die arbeitende Bevölkerung leistet jeden Tag ihren Beitrag. Und jetzt hat sie in allen deutschen Parlamenten jemanden, der ihr eine Stimme gibt: die AfD. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Strotebeck. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Düker, lieber Herr Zimkeit, ich war wirklich gespannt auf Ihre Ausführungen zur heutigen Generaldebatte in der zweiten Lesung.

Naturgemäß ist es nicht ganz einfach, einen Haushalt zu kritisieren, der im Nachtragshaushalt zusätzliche Schulden tilgung vorsieht und im nächsten Jahr einen Überschuss. Das habe ich mir schon gedacht. Dass das Ganze heute aber so einfalllos war, zeigt,

dass Sie es in den letzten sieben Jahren einfach nicht besser gekonnt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: War das vorher aufgeschrieben?)

– Nein, das war vorher nicht aufgeschrieben, Herr Kollege Zimkeit; anders als bei Ihnen übrigens.

(Heiterkeit von der CDU)

Ich hatte das Gefühl, Sie haben da viel zur Verlesung gebracht. – Ich war gerade dabei, zu erklären, dass wir seit 45 Jahren zum ersten Mal eine echte Haushaltswende bewirkt haben. Wir sparen, wir investieren, wir haben 2018 mit über 150 Millionen Euro den substanziellen Einstieg in die Schuldentilgung geschafft.

Wir ermöglichen in Nordrhein-Westfalen wieder Entwicklung. Wir bringen die innere Sicherheit und die Bildung nach vorn und investieren in zukunftsfähige Wirtschaftsbereiche wie die Digitalisierung. Dieses Land wird mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf modernisiert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt will ich einige Punkte klarstellen, die Sie angesprochen haben, Herr Kollege Zimkeit. Sie haben von einem unsozialen Haushalt gesprochen. Mal abgesehen davon, dass wirksame Sozialpolitik vor allen Dingen Strukturen verändert, statt ein Strohfeder mit Ausgabeprogrammen zu entfachen, stimmt Ihre Behauptung schlicht nicht.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Die Abschaffung der Produktionsschulen zum Beispiel?)

Schauen Sie freundlicherweise noch einmal in den Haushaltsentwurf hinein. Die einschlägigen Ausgaben steigen im Haushaltsplanentwurf 2019 per Saldo um rund 345 Millionen Euro; allein bei der Kinder- und Jugendhilfe und der Kindertagesbetreuung sind es übrigens 372 Millionen Euro. Es gibt keine Kürzungen im Bereich Familie und Soziales – ganz im Gegenteil: Wir tun endlich wieder etwas für das Aufstiegsversprechen, dass wir unseren Kindern in Nordrhein-Westfalen gegeben haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zur inhaltsgleich von Frau Kollegin Düker erzählten Geschichte über die Kommunen: Ich meine, Sie waren es, Herr Kollege Zimkeit, der früher mal von einem „Raubzug zulasten der Kommunen“ gesprochen hat. Wenn Sie sich die Zahlen anschauen, stellen Sie fest, dass das glatte Gegenteil der Fall ist. Ich hab noch nie einen Bestohlenen erlebt, der nach einem Raubzug wesentlich mehr Geld in der Tasche hatte.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

675 Millionen Euro sind allein im regulär geplanten Haushalt 2019 vorgesehen. Zu nennen wären die Integrationspauschale oder die Entlastung der Kommunen durch die vorzeitige Abfinanzierung des Fonds Deutsche Einheit, welche mit 125 Millionen Euro zu Buche schlägt. Hinzu kommen weitere Entlastungen durch den Bund. Den Kommunen in Nordrhein-Westfalen geht es mit dieser Landesregierung so gut wie überhaupt noch nie.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ihnen mag es ausgesprochen fremd erscheinen, dass wir unsere Haushalte vorsichtig planen; denn die Realität ist manchmal schneller als der Plan. Das sollten Sie bei der SPD eigentlich wissen. Genau wegen dieser vorsichtigen Planungen gibt es jetzt im Haushaltsvollzug 2018 positive Entwicklungen, die wir zwar erhofft, mit denen wir in diesem Umfang aber nicht gerechnet hatten.

Eigentlich sollten wir uns alle über die Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzung freuen. Eine zentrale Botschaft dieses Arbeitskreises ist, dass die Finanzkraft unseres Landes Nordrhein-Westfalen erstmals seit 2009 wieder gestiegen ist. Das ist übrigens keine Leistung dieser Landesregierung, sondern eine Leistung der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen, die dazu auf Grundlage der neuen entfesselten Rahmenbedingungen, die wir ihnen gegeben haben, beigetragen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch wenn im Umkehrschluss die Zuweisungen an Nordrhein-Westfalen sinken, bleibt unter dem Strich ein Plus, sodass wir schon in diesem Jahr in den substanziellen Abbau der Altschulden einsteigen können.

Zum Thema „Investitionen“: Sie beide haben es angesprochen, Frau Kollegin Düker besonders ausführlich. Dazu einige Bemerkungen: Im Nachtragshaushalt 2018 sind zusätzliche Investitionen vorgesehen. Eine davon finde ich besonders wichtig. Wir sind in Zeiten der Energiewende davon abhängig, dass irgendwann auch die erneuerbaren Energien grundlastfähig werden.

Wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, haben wir momentan keine Grundlastfähigkeit der erneuerbaren Energien. Aber irgendwann müssen wir die großindustrielle Fähigkeit zum Speichern von Strom bei produzierten Überschüssen schaffen. Das ist eine Zukunftsausgabe, die weltweit ansteht.

Wir schaffen jetzt in Nordrhein Westfalen die Voraussetzungen dafür, dass wir im Rahmen eines Bundeswettbewerbs die zentrale Forschungsfabrik für Batteriezellenfertigung in Nordrhein-Westfalen ansiedeln können. 50 Millionen Euro investieren wir in dieses Zukunftsprojekt.

Ich sage Ihnen voraus, dass wir uns damit – wenn es im Bundeswettbewerb Erfolg hat – an die Spitze der Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energiewende setzen werden. Das ist unsere Politik für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Investitionsausgaben liegen mit 10,1 % übrigens um 1,5 Prozentpunkte über den Planungen der Vorgängerregierung, die auf 8,6 % lauten. Die geplanten Investitionsausgaben für 2020 liegen um 1,4 % über den Planungen ihrer Vorgängerregierung. Machen Sie den Menschen also nicht weis, wir würden nicht mehr investieren.

Wir investieren sogar deutlich mehr: in die Digitalisierung, in die Bildung, in den RWTH Aachen Campus West, in die Exzellenzstrategie, in die Gesundheit, in die Sanierung und Modernisierung von Krankenhäusern und Unikliniken, in den Verkehr, in die Energiepolitik, in die innere Sicherheit – die uns ganz besonders wichtig ist – und in die Bildung unserer Kinder. Das ist Investitionspolitik für die Zukunft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann haben wir ganz am Rande noch mit Ihren Altlasten aus der WestLB umzugehen. Über die Geschichte der WestLB will ich gar nicht reden. Die Haftung des Landes liegt – resultierend aus der katastrophalen Geschichte – noch immer bei weit über 2,5 Milliarden Euro. 2018 werden wir 400 Millionen Euro zum Sondervermögen „Risikoabschirmung WestLB“ zuführen können; denn wir müssen die Risiken, die Sie in der Vergangenheit geschaffen haben, jetzt abdecken. Und wir decken sie sofort ab, wenn wir sie abdecken können. Das ist zukunftsorientierte Haushaltspolitik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben über die Schuldentilgung gesprochen und versucht, sie zu relativieren. Am besten hat mir die Berechnung der SPD aus dem Frühherbst gefallen, in der Sie versucht haben, das in Lebkuchenherzen umzurechnen.

(Marc Herter [SPD]: Dafür bist du empfänglich!)

Sie haben die aktuelle Lebkuchenzeit antizipiert – quasi im Frühherbst Weitsicht bewiesen – und ausgerechnet, dass die Tilgungssumme in 2019 einer Tüte Lebkuchenherzen pro Einwohner in Nordrhein-Westfalen entsprechen würde.

Dann sage ich Ihnen mal, wie das in Ihrem letzten Haushaltsplan 2017 ausgesehen hat. Dieser sah eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 90,50 Euro pro Einwohner vor. Das sind 54 Tüten Lebkuchenherzen – ein ganzes Regal voll. Damals war Verschuldung, jetzt ist Tilgung.

(Daniel Sieveke [CDU]: Jawohl! – Beifall von der CDU, der FDP und Roger Beckamp [AfD])

Im Übrigen: Mit dem Konsolidierungsfortschritt, den wir erzielen, stehen wir bundesweit auf Platz 1.

(Monika Düker [GRÜNE]: Was?)

Ich beschreibe es Ihnen ganz kurz: Gemessen an Ihren Planungen für 2017 und unserem Haushaltsplan für 2019 gibt es einen Konsolidierungsfortschritt von 92,10 Euro pro Einwohner. Das entspricht Platz 3. In absoluten Zahlen liegen wir mit über 1,6 Milliarden Euro beim bundesweiten Konsolidierungsfortschritt in diesem Zeitraum sogar auf Platz 1.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt kommt die Merkelstunde! Ist ja unfassbar, Herr Minister!)

Sie müssen eben auch beachten, woher die Zahlen kommen; das ist der Punkt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unter dem Strich lässt sich sagen: Das ist ein zukunftsorientierter, generationengerechter, fairer Haushalt.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Minister, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Frau Kollegin Düker würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Aber gerne!)

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Selbstverständlich, gerne! – Das verlängert die Redezeit.

Monika Düker (GRÜNE): Danke, Herr Minister, dass Sie die Frage zulassen. – Ihre Rechnung mit dem Ländervergleich habe ich gerade nicht so richtig verstanden.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Sie hören es gleich schon, ich mache mal einen anderen Vergleich auf.

Bei einem Haushaltsvolumen von round about 77 Milliarden Euro bauen Sie 2019 Schulden in Höhe von 30 Millionen Euro ab. Zum Vergleich: Das Land Berlin hat ein Haushaltsvolumen von knapp 30 Milliarden Euro und kommt 2019 auf einen Schuldenabbau von sage und schreibe 1 Milliarde Euro.

(Bodo Löttgen [CDU]: Den wir bezahlen!)

Wie können Sie dann sagen, dass wir im Ländervergleich vorne liegen? Das verstehe ich nun wirklich nicht.

(Bodo Löttgen [CDU]: Wer bezahlt den denn?)

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Frau Kollegin Düker, ich kann Ihnen zustimmen, dass Sie das nicht verstanden haben.

(Heiterkeit von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Jetzt mal antworten! – Monika Düker [GRÜNE]: Wir können auch gerne noch Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg ...! – Weitere Zurufe)

Entschuldigung, es ist ja auch schwierig. Sie vergleichen zwei ganz unterschiedliche Dinge miteinander.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das haben Sie getan!)

Ich war gerade dabei, vorzutragen, wie die neue Politik dieser Regierung im Vergleich zur Politik der Vorgängerregierung wirkt. Ich habe die Planungen für 2017 – Ihre letzten Planungen – mit unseren wirklichen Haushaltszahlen für 2019 verglichen, und ich habe den Konsolidierungsfortschritt aufgezeigt, um deutlich zu machen, dass wir diejenigen sind, die sparsam sind und gute Haushaltspolitik machen.

Ich habe uns nicht mit Berlin, mit Baden-Württemberg, mit irgendjemandem verglichen. Das ist eine völlig andere Zahl.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wer ist von der Regierung, Herr Minister? – Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Wir können uns tatsächlich vorstellen, dass wir jedem heute in Nordrhein-Westfalen geborenen Kind ein wirksames Aufstiegsversprechen geben können,

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Da bin ich mal gespannt!)

frei von der haushaltspolitischen Last der Vergangenheit zu leben – in einem starken, sicheren, welt-offenen Land Nordrhein-Westfalen, in dem jeder mit harter Arbeit und mit bester Bildung aufsteigen kann; in einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

mit soliden Finanzen als Grundlage. Genau dies schaffen der Nachtragshaushalt 2018 und der Haushalt 2019. Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kann ich die Aussprache zur Grundsatzdebatte an dieser Stelle schließen.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den Einzelplan 12. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4412, den Einzelplan 12 unverändert anzunehmen. Somit führen wir die Abstimmung über den Einzelplan 12 selbst durch und

nicht über die Beschlussempfehlung. Wer dem Einzelplan 12 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 12** mit dem festgestellten Ergebnis **in zweiter Lesung angenommen**.

Wir kommen zweitens zur Finanzplanung 2018 bis 2022. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4419, die Finanzplanung 2018 bis 2022 zur Kenntnis zu nehmen. Ich schaue in die Runde, sehe keinen Widerspruch und **stelle** damit die **Kenntnisnahme der Finanzplanung 2018 bis 2022 fest**.

Wir kommen drittens zur Abstimmung, und zwar über einen Änderungsantrag der Fraktion der AfD zum Einzelplan 20 des Nachtragshaushaltsgesetzes 2018. Dieser Änderungsantrag trägt die Drucksachennummer 17/4347. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Änderungsantrag 17/4347** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich weise darauf hin, dass über den **Einzelplan 20**, über den **Text des Haushaltsgesetzes 2019 und dessen Anlagen**, über das **Nachtragshaushaltsgesetz 2018** sowie über das **Gemeindefinanzierungsgesetz 2019** wie angekündigt erst **morgen nach Abschluss der Beratungen über alle Einzelpläne abgestimmt** wird. Ich weise des Weiteren darauf hin, dass wir dann auch über die **Rücküberweisung der vorgenannten Gesetzentwürfe** zur Vorbereitung der dritten Lesung entscheiden.

Vorsorglich erinnere ich noch einmal daran, dass das **Haushaltsbegleitgesetz 2019** lediglich zwei Lesungen benötigt. Das heißt, dass die **Abstimmung** in zweiter Lesung **bis zur Abstimmung des Haushaltsgesetzentwurfes in dritter Lesung zurückgestellt** wird.

An diese Bemerkungen anschließend rufe ich den nächsten Einzelplan auf:

Einzelplan 03 Ministerium des Innern

Zu diesem Einzelplan gibt es eine Beschlussempfehlung und einen Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses mit der Drucksache 17/4403. Ich eröffne die Aussprache, und als erster Redner hat Herr Kollege Ganzke von der SPD-Fraktion das Wort.